

Es ist passiert

Es war eine Frage der Zeit, wann das passiert, was gestern geschehen ist. Und zwar, historisch wie aktuell, in Thüringen. Wo sonst? Die Abneigung der Bürger in Thüringen gegen die Nachfolgepartei der SED, hält sich in Grenzen. Von 2014 bis zur Wahl 2019 legte die Linke von 28,2 auf 31 Prozent zu und ist damit nach wie vor stärkste Kraft. Auf ihre bisherigen Koalitionspartner konnte sich die Linke nicht verlassen. Die Grünen blieben bei sechs Prozent stecken, die SPD rutschte von 12,4 auf 8 Prozent ab. Das reichte in Summe nicht für eine Fortsetzung der Koalition aus eigener Kraft.

Der größte Verlierer der Landtagswahl 2019 ist die CDU, die von 33,5 auf 21,7 Prozent fiel. Davon profitierte die AfD, die sich von 10,6 auf 23,4 Prozent verbesserte. Und so sitzen auf der rot-rot-grünen Seite des Landtags 42 von 90 Abgeordneten und auf der braun-schwarz-gelben 48.

Werfen wir zu besserer Übersicht einen Blick auf die Verfassung Thüringens. Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern. Der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Erhält im ersten Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet ein neuer Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

CDU und FDP hätten sich also im dritten Wahlgang einfach nur enthalten müssen und **Bodo Ramelow** wäre Ministerpräsident geblieben. Dazu hätten sich CDU und FDP auf die Koalition aus Linke, SPD und Grüne zubewegen müssen. Wohin sie sich bewegt haben, wissen wir jetzt. **Bodo Ramelow**, er ist so wenig der klassische Linke wie **Winfried Kretschmann** der Urtyp eines Grünen ist. Ramelow wiederzuwählen, wäre kein Verbrechen an der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewesen.

Thomas Kemmerich, der Vorsitzende der aus fünf Mitgliedern bestehenden FDP-Fraktion, warf im dritten Wahlgang seinen Hut in den Ring und wurde mit den Stimmen von CDU und AfD gewählt. Wenn man naiv genug ist, mag man glauben, dass dies eine spontane Aktion war. Alles deutet aber darauf hin, dass es Absprachen gab. Der Vorgang zeigt, dass die AfD unter ihrem Chef **Björn Höcke** die besseren Strategen sind. Es war eine Falle mit Ansage. Die Verantwortung für das Desaster trägt allein **Thomas Kemmerich** durch seine Kandidatur. Da in Thüringen nur der Ministerpräsident von den Landtagsabgeordneten gewählt werden muss, erübrigen sich

weitere Wahlgänge bei den Ministern, wo wieder die Unterstützung der AfD vonnöten gewesen wäre. *Der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Minister. Er bestimmt einen Minister zu seinem Stellvertreter.* Kemmerich ist also bei der Entscheidung, wen er in sein Kabinett holt, völlig frei.

Verzichten wir an dieser Stelle auf die Erwähnung der zahllosen Reaktionen. Da wurde einem teilweise übel. Nur zwei Beispiele. **Burkard Dregger**, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, sagte, „Die Wahl in Thüringen sei eine demokratische Entscheidung, die nicht zu kritisieren ist“. Ja, natürlich. Eine demokratische Entscheidung. Kritisieren darf man sie dennoch.

FDP-Dampfpfänderer **Wolfgang Kubicki**, der gerade der BILD-Zeitung verraten hat, dass **Armin Laschet** Kanzlerkandidat der Union wird (was wir seit Monaten behaupten), sagte zur Wahl seines Thüringer Parteifreundes: „Was die Verfassung vorsieht, sollte nicht diskreditiert werden.“ Da fallen einem doch gleich wieder so unschöne Vergleiche ein. Dregger und Kubicki haben den Ernst der Lage nicht erkannt, die die Wahl eines Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD auslöste.

Die Verfassung gibt auch her, dass der AfD ein Vizepräsident des Bundestages zusteht. Im Dezember scheiterte der vierte Versuch, einen AfD-Abgeordneten zu wählen. Immerhin hat **Paul Viktor Podolay** 197 Ja-Stimmen erhalten. Die AfD hat gegenwärtig 89 Abgeordnete, über einhundert müssen also aus anderen Parteien kommen. 397 Abgeordnete stimmten gegen den AfD-Mann. Zu welchem Lager gehört wohl Herr Kubicki?

Übrigens halte ich es für einen Fehler, der AfD den ihr zustehenden Vize-Präsidenten zu verweigern. Inhaltliche Ausgrenzung der AfD ja, so lange sich in ihren Reihen Leute befinden, die man ungestraft Faschisten nennen darf. Ihr aber das Mitwirken im Bundestagspräsidium zu verweigern, führt nur zu weiteren Wahlerfolgen der Partei. Lasst doch Herrn Podolay Bundestagsitzungen leiten, damit die Bürger erleben können, wer da gewählt wurde und was die CSU, aus der er 2015 austrat, mit ihm verloren hat. In Berlin sind in sechs von zwölf Bezirken AfD-Stadträte tätig. 2021 wird es in allen Bezirken AfD-Stadträte geben, weil die Zahl der Bezirksamtsmitglieder von fünf auf sechs erhöht und somit die prozentuale Einstiegshürde tiefer gelegt wurde. Die AfD ist zur festen politischen Größe geworden. Sie wird sich über viele Legislaturperioden hinweg halten können, weil die etablierten Parteien die Probleme der Zeit nicht lösen können. Schleichend aber sichtbar, zieht sich die braune Soße wieder über Deutschland. Da ist man um den Schlaf gebracht. **Ed Koch**